

Selbstverständlichkeit im Land Nordrhein-Westfalen zu betonen.

Die enorme Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege in ihren Arbeitsfeldern ist schließlich der Grund, weshalb das Land Nordrhein-Westfalen die Spitzenverbände seit Jahrzehnten finanziell unterstützt. Mit den Landesmitteln für die Spitzenverbände wird die Arbeit der Träger vor Ort qualifiziert, werden Angebote weiterentwickelt und neue Maßnahmen angeschoben, und natürlich wird auch bürgerschaftliches und freiwilliges Engagement organisiert.

Hat irgendjemand tatsächlich die Freie Wohlfahrtspflege verprellt, wie der Antrag behauptet? Schränkt die von der Landesregierung vorgeschlagene Kürzung der Mittel für die Spitzenverbände ihre Leistungsfähigkeit wirklich dramatisch ein? – Ich glaube, weder das eine noch das andere trifft zu.

(Beifall von der CDU)

Nicht nur ich, sondern auch die Kollegin Scharrenbach, der Kollege Stamp und Frau Milz sind im ständigen und vertrauensvollen Kontakt mit den Akteuren der Freien Wohlfahrtspflege. Das Gleiche gilt für die Fachleute der Ministerien und der Staatskanzlei. Dabei geht es um Fachpolitik, um Inhalte, um Projekte und natürlich auch um Geld. Neben der Förderung der Spitzenverbände erhält die Freie Wohlfahrtspflege aus Konzessionseinnahmen weitere 24,18 Millionen aus dem Einzelplan 11 für satzungsgemäße Aufgaben. Hinzu kommt eine große Zahl von Programmen und Einzelförderungen verschiedener Ministerien in den jeweiligen Politikfeldern.

All das steht in keiner Art und Weise zur Disposition. Die vorgeschlagene Kürzung war das Ergebnis einer politischen Schwerpunktsetzung zugunsten der höheren Schulkostenpauschale in der Altenpflegeausbildung, über die wir gerade gesprochen haben.

Darüber, dass die Erhöhung dringend notwendig war, gibt es hier keinen Streit. Vergessen Sie bitte nicht, dass die Mehrheit der Altenpflegeseminare von den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege organisiert wird und ich sie nur mit 10 % der Erhöhungen, die ich hier zu verantworten habe, selber belastet habe.

Ich möchte heute aber auch vortragen, wie sich die Globaldotationen in diesem Land entwickelt haben: 2003 – da regierte Rot-Grün –

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Meine Güte!)

lag die Globaldotation bei 16 Millionen Euro. Sie wurde dann auf 13 Millionen Euro abgesenkt. Sie wurde 2005 weiterhin von 13 Millionen Euro auf 9 Millionen Euro abgesenkt. Dann war sie bis 2007 bei dieser Summe stabil. Dann wurde sie von uns auf 7 Millionen Euro herabgesetzt. Schließlich wurde sie 2012 von 7,8 Millionen Euro auf 6,1 Millionen Euro herabgesetzt.

Also: An Ihrer Stelle wäre ich mit dem Steinewerfen sehr vorsichtig, wenn mal jemand bei den Globaldotationen im A- und S-Haushalt Kürzungen vorschlägt. Ich werfe Ihnen das gar nicht vor. Das waren auch zu damaligen Zeiten haushaltspolitische Notwendigkeiten, um andere Schwerpunkte im Haushalt zu setzen, die man damals für wichtiger hielt.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Nur sind heute die Kassen voll!)

Nur, zu sagen, Sie hätten nie über die Globaldotationen nachgedacht, die Minister mit Ihrem Parteibuch hätten nie über Globaldotationen nachgedacht – das entspricht, wenn Sie diese Zahlen kennen, nicht der Wahrheit.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Aber heute sind die Kassen voll!)

Ich habe sie deswegen vorgetragen, damit sie auch in der Neuzeit noch einmal im Protokoll des Landtags von Nordrhein-Westfalen festgehalten werden. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar erstens über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/4123. Die antragstellende Fraktion der SPD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/4123. Wer möchte sich dafür aussprechen? – Das ist die SPD. Wer spricht sich dagegen aus? – Das sind CDU, FDP, AfD und die beiden fraktionslosen Kollegen Neppe und Langguth. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die Grünen. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 17/4123 abgelehnt**.

Ich lasse zweitens abstimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP mit der Drucksache 17/4235. Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? – Das sind die CDU, die FDP, die AfD und die beiden eben schon genannten fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Das sind SPD und Grüne. Wer enthält sich? – Damit ist dieser **Entschließungsantrag Drucksache 17/4235** mit der eben festgestellten Mehrheit **angenommen**.

Ich rufe auf:

7 Elftes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums des Innern

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 17/3699

Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses
Drucksache 17/4154

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Schrupf von der CDU-Fraktion das Wort.

Fabian Schrupf (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich hier kurzfassen. Bei dem uns vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung handelt es sich um eine Bündelung von Entfristungen von Landesrecht bzw. der Verlängerung der Geltungsdauer in einem Mantelgesetz.

Also kurzum: Er befasst sich mit der Behandlung auslaufender Vorschriften, die da wären eine Verlängerung der Befristung des Zensusausführungsgesetzes, eine Entfristung des Gesetzes über die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure in Nordrhein-Westfalen sowie eine rein formal-technische Änderung des Landesdisziplinargesetzes.

Da es hier um ein rein technisches Verfahren geht und ich denke, dass hier weitestgehend Konsens im Hohen Haus bestehen dürfte, bitte ich für die CDU-Fraktion um Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD hat der Abgeordnete Ganzke das Wort.

Hartmut Ganzke (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht nur, weil wir uns in der Obleuterunde vereinbart haben, sondern weil es sich hier wirklich um technische Dinge in einem Gesetz handelt, wird auch die SPD-Fraktion diesem Gesetzentwurf zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Herzlichen Dank. – Für die FDP hat der Kollege Mangan das Wort. – Wenn das so weitergeht, bitte ich vielleicht schon einmal die Kollegin Schäffer ans Pult.

Christian Mangan (FDP): Ich kann Sie beruhigen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Es geht so weiter. Ich kann mich den weisen Worten meiner Vorredner anschließen. Auch die FDP-Fraktion wird dem zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Herzlichen Dank. – Die Kollegin Schäffer hat das Wort.

Verena Schäffer (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, im Obleutegespräch haben wir lange darüber diskutiert, was wohl länger dauert, die Reden zu Protokoll zu geben oder sie kurz zu halten. Wir haben uns dafür entschieden, sie kurz zu halten.

Auch wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen. Es geht hier wirklich nur um technische Änderungen; insofern auch Zustimmung unserer Fraktion.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Für die AfD ist nun der Abgeordnete Herr Vogel dran.

Nic Peter Vogel (AfD): Endlich komme ich einmal mit meiner Redezeit aus. Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ganze ist unpolitisch und absolut notwendig. Natürlich werden auch wir zustimmen. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Damit erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Reul das Wort.

Herbert Reul, Minister des Innern: Das ist ein ungeheurer Vorgang. Mir hat niemand Bescheid gesagt, dass es so kurz gehen soll. Ich hatte eine lange Rede vorbereitet. Aber: Ich fand alles gut, was vorgetragen worden ist. Das war's!

(Heiterkeit – Allgemeiner Beifall)

Präsident André Kuper: Herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen und Herr Minister. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Innenausschuss empfiehlt in Drucksache 17/4154, den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wir kommen daher zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 17/4154 und nicht über den Gesetzentwurf. Wenn Sie zustimmen wollen, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP, AfD und die beiden eben schon genannten fraktionslosen Abgeordneten. Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 17/4154 angenommen** und der **Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlüsse des**

Ausschusses in der zweiten Lesung verabschiedet.

Ich rufe auf:

8 Fit für Europas Zukunft sozialer Zusammenarbeit

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4122

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion dem Kollegen Weiß das Wort. – Der Kollege Weiß ist noch nicht eingetroffen. Wenn der Kollege Krauß von der CDU-Fraktion anwesend ist, würde ich ihm das Wort erteilen wollen. Er ist im Sprint auf dem Wege. Der Kollege Krauß hat das Wort. Bitte schön.

Oliver Krauß (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte natürlich gerne auf den Kollegen Weiß erwidert,

(Zuruf von den GRÜNEN: Machen Sie es doch!)

aber das kann ich vielleicht gleich nachholen.

Der Antrag der SPD-Fraktion „Fit für Europas Zukunft sozialer Zusammenarbeit“ steht in einer Reihe von SPD-Anträgen. Zuletzt stand am 17. Mai dieses Jahres ein Antrag mit dem Titel „Soziale Säule der Europäischen Union stärken“ auf der Tagesordnung. Vor einem Jahr haben wir den Antrag „Entsenderichtlinie reformieren – Beim Aufbau einer sozialeren Europäischen Union helfen“ beraten.

Diese Anträge haben gemeinsam, dass sie dringende Anliegen und Daseinsfragen in unserer Europäischen Union auf die Impulse, die unser Bundesland dazu gibt, und auf die Erfahrungen und Erwartungen, die wir dazu haben, überprüfen.

Diese liniengleiche Vorgehensweise von oben nach unten – top-down – ist legitim. Sie verliert in den Forderungen aber an Kraft, je weniger der europäische Diskurs, den zumindest noch 27 Mitgliedstaaten führen, mit der Lebenswirklichkeit zusammenfindet, die wir landespolitisch vertreten. Dann entsteht der Verdacht, dass es ideologisch gedacht ist – vielleicht als Hilfe für unseren Bundesfinanzminister in Sachen europäischer Arbeitslosenversicherung oder in punkto Entsenderichtlinie als Rückhalt für Frau Nahles.

Ihnen als SPD-Fraktion ist bekannt, dass der Koalitionsvertrag auf Bundesebene, bekanntlich von SPD und Union geschlossen, zentrale Bezüge der europäischen Säule verarbeitet: Rahmen für Mindestlohnregelungen und für nationale Grundsicherungs-

systeme in den EU-Staaten, Vergleichbarkeit von Bildungsstandards, soziale Grundrechte, Sozialpaket, bessere Koordinierung der Arbeitsmarktpolitik. Ich darf an die Beschlusslagen in diesem unserem Hause erinnern, die das Ziel hatten, die grenzüberschreitende Mobilität für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konkret zu erleichtern.

Auch für unsere Anträge zur Förderung des europäischen Zusammenhalts sowie zur grenzüberschreitenden Kooperation und Vernetzung mit den Niederlanden und Belgien insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt und Hochschulen gab es hier im Haus großen Rückhalt. Dreimal gab es ein Nein, und zwar von Ihrer Fraktion, Herr Kollege Weiß – ich begrüße Sie herzlich. Von der SPD gab es dreimal Nein.

Die Artikel 9 und 151 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU sind geltendes Primärrecht. Daher brauchen wir kein Lippenbekenntnis. Die Forderung nach dem maximalen Finanzierungsanteil für stärker entwickelte Regionen ist bekanntermaßen Verhandlungslinie unserer Landesregierung. Das wurde zuletzt in der Diskussion über den mehrjährigen Finanzrahmen klargestellt.

Logik der Sozialpolitik ist, nahe an den Aufgaben zu handeln, die Nachbarschaft, das Vis-à-vis zu den Mitmenschen. Die Angemessenheit ist Voraussetzung für Akzeptanz entgegen der Überregulierung, der Anonymität, der kleinteiligen europäischen Einmischung.

Aktuelle Alternativen des Weißbuchs nimmt Ihr Antrag nicht mit, nicht einmal aus dem Reflexionspapier der Kommission zur sozialen Dimension Europas. Den Aspekt der Subsidiarität erwähnen Sie erst gar nicht. Stattdessen wollen Sie die Umsetzung einer europäischen Arbeitsbehörde vorantreiben ohne Ausmessen des Mehrwertes, der Kosten, des Nutzens und möglicher Doppelstrukturen, ohne Bewertung von Risiko und Haftung.

Eine Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigt die Position der italienischen Regierung zu dem Reflexionspapier der Kommission auf. Konkret fordert Italien eine Erhöhung der Mittel für soziale Ziele im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen, eine angemessene Finanzierung der Jugendbeschäftigungsinitiative und die Schaffung diverser Finanzinstrumente wie eine europäische Arbeitslosenversicherung.

In der repräsentativen Acht-Länder-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung steht demgegenüber die Erwartung in unserer Mitte. Zitat aus der Studie:

„Von der Zustimmung zu einer Ausweitung der Kompetenzen der EU bleiben allerdings einige Bereiche ausgespart, vor allem die Budgethoheit und die Gestaltung der Sozialsysteme.“